

Gegen Zwängerei und politische Erpressung: Härtefallkommission gehört abgeschafft!

*Gemeinderat Roger Liebi, Präsident SVP Stadt Zürich,
Mitglied der Parteileitung SVP Kanton Zürich*

Die Schweiz wird seit der Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat wieder überrollt von Asylgesuchen. Viele Asylbewerber tauchen nach negativen Entscheiden ab. Im Beamtendeutsch sind das dann Personen mit „unkontrollierten Abreisen“. Allein in der Stadt Zürich spricht man von sicher über 1000 illegalen Aufenthalten.

Unter Federführung linker Kreise wurden aber für Asylbewerber zusätzlich generell lukrativere, offizielle Hintertürchen in Form verschiedenster langwieriger Verfahren und Rekursmöglichkeiten geschaffen. Und seit Jahren haben etliche Hilfswerke und andere rot-grün beherrschte Organisationen eigene Rechtsdienste zur Unterstützung bei Asylentscheiden eingerichtet – oftmals geradezu einladend - generell zu rekurrieren. Immerhin ist mit der Einführung des neuen Asylgesetzes die Hoffnung verbunden, dass sich hier eine massive Verbesserung ergibt.

Umso wichtiger ist es, dass darüber hinaus keine weiteren Möglichkeiten bestehen, negative Asylentscheide zu hintertreiben. Zum Mosaik eines durchgreifenden, effizienten Asylwesens gehörte im Kanton Zürich die Abschaffung der Härtefallkommission, unter der Führung der damaligen Regierungsrätin Rita Fuhrer. Schon damals war völlig klar, dass es genügend Rechtsmittel gibt, um gegen negative Entscheide vorzugehen.

Illegale mit illegaler Besetzung

Der Kantonsrat bestätigte diese Haltung in der Folge zwei Mal, im Jahre 2004 und erneut im Jahre 2007. Danach kehrte Ruhe ein, in dieser Frage, bis zum Advent 2008: Wieder unter der Führung rot-grüner Kreise besetzten 150 Sans-Papiers, also illegal anwesende Personen, die Zürcher Predigerkirche. Es war offenbar nie das Ziel, einfach eine Demonstration zu bewirken, sondern man wollte mit dieser Aktion die Wiedereinführung der Härtefallkommission erpressen. Die illegal anwesenden, also gegen das Gesetz verstossenden Personen, brachen mit der mutwilligen Besetzung einer Kirche das Gesetz entsprechend doppelt. Und trotzdem schritt der damalige CVP Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Hans Hollenstein nicht ein. Er liess die Illegalen mit einer illegalen Besetzung gewähren, über mehrere Wochen. Und nicht genug damit, führte er doch gleich 2009 über die Hintertür die Härtefallkommission wieder ein. Ein Grosse Erfolg für die Erpresser!

Damit wurde im In- und Ausland deutlich, dass man sich im Kanton Zürich im Notfall an eine solche Kommission wenden könnte und damit die Zeit bis zur definitiven Wegweisung verlängern kann. Den Renitenten wurde eine Plattform geschaffen, welche auch wieder von vermeintlichen Hilfsorganisationen und Bewirtschaftern der Asylindustrie rege benutzt wurde. Die Medien spielten dieses Spiel einmal mehr brav mit.

Doch das kann nicht das Ziel einer humanitären Asylpolitik sein. Das schadet doch dem Vertrauen in der Bevölkerung und damit den wirklich anspruchsberechtigten Asylbewerbern aufs Gröbste.

Mit einer einzigen Stimme Unterschied lehnte der Zürcher Kantonsrat 2012 die erneute politische Forderung nach Auflösung der Härtefallkommission ab. Dank der SVP wurde dieses politisch wichtige Anliegen wieder aufgenommen. Mit ihrer Unterschrift haben Tausende von Zürcherinnen und Zürchern ihren Missmut gegen diese, die Regelungen im Asylgesetz unterwandernde Kommission dokumentiert. Mit einem Ja zur Volksinitiative „Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit unregelmäßigem Aufenthalt“ kann das Zürcher Stimmvolk den Weg aus dieser politischen Erpressung weisen.